

Offener Brief an Innenminister Hövelmann

Zur geplanten Änderung im Asylrecht

In einem Offenen Brief protestieren BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die ab Januar 2008 vom Innenministerium geplante Kasernenunterbringung von Flüchtlingen. Auf dem Erlassweg sollen alle Asylbewerber nicht mehr nur drei Monate in der Zentralen Anlaufstelle (ZAS) Halberstadt untergebracht werden (wie bisher). Bis zu weiteren 12 Monaten (also insgesamt 15 Monate) bleiben alle Asylbewerber Sachsens-Anhalts in dieser Gemeinschaftsunterkunft in Halberstadt. CDU, SPD und FDP haben im Landtag diesen Vorschlag unterstützt.

"Von Flucht und Vertreibung traumatisierte Menschen werden in einer Kaserne untergebracht. Ihre Integration ist nicht mehr möglich", so der bündnisgrüne Landesvorsitzende Christoph Erdmenger. Begegnungen zwischen Deutschen und Ausländern seien ausgeschlossen. Erdmenger spricht in dem gemeinsamen Schreiben mit dem migrationpolitischen Sprecher der Partei, Razak Minhel, an Innenminister Holger Hövelmann von einem gravierenden Rückschritt für die Weltoffenheit von Sachsen-Anhalt. Vielen Menschen fehle diese Weltoffenheit, die in der globalisierten Welt von großer Bedeutung sei. "Sachsen-Anhalt ist damit für viele Fachkräfte, also Zuwanderer mit hohem Bildungsstand, nicht attraktiv." Es sei unbedingt notwendig, den in vielerlei Hinsicht ungerechten Umgang mit Flüchtlingen in unserem Land zu ändern, heißt es weiter.

Der Offene Brief

© Landesverband Sachsen-Anhalt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2007

Quelle:
<http://www.gruene-sachsen-anhalt.de/>